

„Neustart im Team“

Resettlement kanadisch

Simone Ludewig,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

*Der Bund reagiert auf Forderung nach mehr legalen Zugangswegen und gibt diese Karte weiter an die Zivilgesellschaft. Während in Europa nach innen und außen die Grenzen verstärkt werden, sollen unter dem Motto „NesT – Neustart im Team“ 500 Personen humanitäre Aufnahme in Deutschland finden – mit Hilfe privater Sponsor*innen.*

Bereits im Januar 2018 wurde beschlossen, dass Deutschland sein eigenes Sponsor*innenprogramm bekommen soll. Vorbilder sind zum Beispiel Kanada, Neuseeland und Großbritannien. Ende April bis Anfang Mai 2019 soll nun mit der entsprechenden Neuansiedlung gestartet werden. Das Programm gebe der Zivilgesellschaft die „Möglichkeit [...]“, als Mentoren besonders Schutzbedürftigen einen legalen Zugangsweg nach Deutschland zu verschaffen und sie dabei zu unterstützen, in Deutschland eine neue Heimat zu finden“, so heißt es in den Informationsunterlagen zum Pilotprojekt.

Ein detailliertes Konzept wird gegenwärtig in einer Projektgruppe aus dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und der Bertelsmann-Stiftung finalisiert. Das Bundesinnenministerium (BMI), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zeichnen sich gemeinsam verantwortlich für das Projekt. Dem BAMF fällt dabei auch die Aufgabe zu, eine zivile Kontaktstelle einzurichten, welche Mentor*innengruppen mit einer von UNHCR und BAMF ausgewählten Schutzsuchenden Person „matchen“ wird. Dabei solle aus Rücksicht auf die Mentor*innen auf die Vermittlung von Menschen mit schwersten Erkrankungen verzichtet werden.

Die Mentor*innen werden finanziell und ideell für die Integration der resettelten Person verpflichtet sein. Konkret soll das so aussehen: Mindestens fünf Mentor*innen finden sich zusammen, suchen eine Wohnung und finanzieren zwei Jahreskaltmieten. Sie entwickeln einen Unterstützungsplan für zwölf Monate, der unter anderem Sprachförderung, (Aus-) Bildung, Stellensuche, Freizeitaktivitäten, medizinische Versorgung und Behördengänge regelt. Anschließend stellen sie gemeinsam einen Antrag beim BAMF auf Vermittlung eines Flüchtlings.

Ansprechen will das Programm diejenigen, die sich oft bereits seit längerem und meist ehrenamtlich in der Flücht-

lingshilfe engagieren – eine Gruppe, bei der anscheinend noch ungenutzte finanzielle und ideelle Ressourcen vermutet werden. In Betracht kommen allerdings auch Kirchengemeinden oder Firmen. Die evangelische Kirche Westfalen habe bereits eine Zusage für die Aufnahme von 120 Flüchtlingen gemacht. Die vorläufige Projektbeschreibung verspricht eine „intensive Begleitung der Mentoren“, zu dieser gehöre zunächst eine Basisschulung, die bei der Antragsstellung unterstützen soll. Darüber hinaus wird ein Schulungsprogramm in Aussicht gestellt.

So weit so gut. Das Bemühen, legale Zugangswege auch auf dem Weg des Resettlements zu realisieren, muss begrüßt werden. Patenschaftsprogramme bieten außerdem augenfällige Vorteile: Die Einladenden gehen eine persönliche Bindung ein und bieten soziale Anbindung und Unterstützung. Diese Betonung der sozialen Unterstützungsstrukturen wird von der nicht unerheblich finanziellen Belastung der Mentor*innen jedoch gemäßigt und hinkt in einem entscheidenden Punkt: Ein Vorschlagsrecht für die neuansiedelnde Person, welches ein Nachholen von Familienangehörigen ermöglichen könnte, ist ausdrücklich ausgeschlossen. Familiennachzug, heißt es klipp und klar, wird es im NesT nicht geben.

Ein Umstand der stutzig macht, da die Herstellung der Familieneinheit nach einhelliger Meinung einen wichtigen Faktor für viele Integrationsaspekte darstellt. Wer könnte auch besser geeignet sein, um eine besonders schutzbedürftige Person sozial anzubinden, zu umsorgen, ihr ein Nest zu bauen, als die eigene Familie?

NesT steht damit im Verdacht, ein intensives Beschäftigungsprogramm für die Flüchtlingssolidarischen in der Mehrheitsgesellschaft zu sein. Mit der 1:5-Betreuung von Einzelschicksalen könnten diese von einer ansonsten auf Abschottung und Ausweisung ausgelegten Flüchtlings- und Migrationspolitik abgelenkt werden.

Ein privates Sponsorenprogramm für 500 Flüchtlinge ist allerdings keine adäquate Antwort auf die Hilfsangebote von über 30 deutschen Gemeinden, die sich zu sicheren Häfen für aus Seenot Gerettete erklärt haben. Und auch Familien, die Himmel und Hölle in Bewegung setzen würden, um zu den monatlich 1.000 Gewinner*innen der Familiennachzugslotterie zu gehören, werden zu Recht fragen, weshalb ihre Angehörigen von dem Pilotprojekt ausgeschlossen bleiben.